

Habilitationsordnung

der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät

der Universität Leipzig

Vom 15. Juli 2005

Aufgrund der §§ 30, 46 Abs. 4 und 85 des Gesetzes über die Hochschüler Freistaat Sachsen (Sächsisches Hochschulgesetz – SächsHG) vom 11. Juni 1993 erlässt die Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät mit Beschluss vom 15. Juni 2005 folgende Habilitationsordnung¹.

Inhalt:

- § 1 Ziel der Habilitation
- § 2 Habilitationskommission
- § 3 Habilitationsleistungen
- § 4 Zulassungsvoraussetzungen
- § 5 Antrag
- § 6 Eröffnung des Verfahrens
- § 7 Schriftliche Habilitationsleistung
- § 8 Beschlussfassung über die schriftliche Habilitationsleistung
- § 9 Wissenschaftlicher Vortrag mit anschließender Aussprache (Kolloquium)
- § 10 Probevorlesung
- § 11 Abschluss des Habilitationsverfahrens
- § 12 Habilitationsurkunde
- § 13 Unwirksamkeit der Habilitationsleistungen, Entzug des Doktorgrades
- § 14 Veröffentlichung und Pflichtexemplare
- § 15 Habilitationsakte
- § 16 Übergangsregelungen
- § 17 In-Kraft-Treten

- Anlage 1 Titelseiten für einzureichende Habilitation
- Anlage 2 Titelseite für einzureichende Pflichtexemplare
- Anlage 3 Habilitationsurkunde

¹ Für den gesamten folgenden Text schließen grammatisch maskuline Formen zur Bezeichnung von Personen solche weiblichen und männlichen Geschlechts gleichermaßen ein.

§ 1

Ziel der Habilitation

Die Habilitation ist ein Nachweis der besonderen Befähigung für Forschung und Lehre in einem Fach oder Fachgebiet der Wirtschaftswissenschaften oder Ingenieurwissenschaft. Die Fakultät verleiht nach einem ordnungsgemäß durchgeführten Habilitationsverfahren namens der Universität Leipzig akademischen Grad eines **Doctor habilitatus (Dr. habil.)** oder eines **Doktor-Ingenieur habilitatus (Dr.-Ing. habil.)** und stellt die Lehrbefähigung fest.

§ 2

Habilitationskommission

- (1) Der erweiterte Fakultätsrat gemäß § 85 Abs. 2 i.V.m. § 85 Abs. 1 N SächsHG ist das Gremium für die Durchführung von Habilitationsverfahren.
- (2) Für die Durchführung eines Habilitationsverfahrens setzt der erweiterte Fakultätsrat eine Habilitationskommission ein, der alle habilitierten Mitglieder des jeweiligen Faches und jeweils ein habilitierter Vertreter anderer Fächer angehören. Der Habilitationskommission gehören je mindestens sechs habilitierte Mitglieder der Fakultät an. Vorsitzender der Habilitationskommission ist der Dekan. Ist er als Gutachter am Verfahren beteiligt, wird er durch den Prodekan oder einen vom erweiterten Fakultätsrat ernannten Universitätsprofessor der Fakultät vertreten.
- (3) Die Habilitationskommission ist bei Anwesenheit der Mehrheit ihrer Mitglieder einschließlich ihres Vorsitzenden oder dessen Stellvertreters beschlussfähig. Sie entscheidet mit der Mehrheit der abgegebenen Stimmen der anwesenden Mitglieder. Ihre Beratungen sind nicht öffentlich.
- (4) Von allen Sitzungen der Habilitationskommission wird ein Protokoll aufgeführt.
- (5) Die Habilitationskommission teilt ihre Entscheidung dem erweiterten Fakultätsrat mit, der mit der Mehrheit der Stimmen der anwesenden Mitglieder des erweiterten Fakultätsrates die Verleihung des akademischen Grades Doctor habilitatus bzw. Doktor-Ingenieur habilitatus beschließt.

- (6) Die Mitglieder der Habilitationskommission und des erweiterten Fakultates sind durch den Vorsitzenden zur Verschwiegenheit zu verpflichten, sofern sie nicht im öffentlichen Dienst stehen.
- (7) Belastende Entscheidungen werden schriftlich begründet und mit einer Rechtsbehelfsbelehrung versehen.

§ 3

Habilitationsleistungen

- (1) Die Habilitation ist eine Einzelleistung.
- (2) Für die Habilitation müssen folgende Teilleistungen in dieser Reihenfolge erbracht werden (gemäß § 30 Abs. 3 SächsHG):
 - 1. die Vorlage einer Habilitationsschrift (gemäß § 7 dieser Ordnung),
 - 2. ein wissenschaftlicher Vortrag mit anschließendem Kolloquium (gemäß § 9 dieser Ordnung) und eine Lehrveranstaltung mit Diskurscharakter (gemäß § 10 dieser Ordnung).
- (3) Die Annahme der Habilitationsschrift durch die Habilitationskommission bewirkt die Zulassung zum wissenschaftlichen Vortrag mit anschließendem Kolloquium. Die Lehrveranstaltung mit Diskurscharakter kann zu jedem Zeitpunkt nach Eröffnung des Verfahrens stattfinden.

§ 4

Zulassungsvoraussetzungen

- (1) Zum Habilitationsverfahren ist zuzulassen, wer
 - 1. den Doktorgrad einer deutschen wissenschaftlichen Hochschule oder einen gleichwertigen akademischen Grad einer ausländischen wissenschaftlichen Hochschule auf dem Gebiet der angestrebten Lehrbefähigung mit einer überdurchschnittlichen Note erworben hat und
 - 2. seine wissenschaftliche Qualifikation auf dem Fachgebiet, für das er Lehrbefähigung anstrebt, zusätzlich – in der Regel durch Publikationen oder eine mindestens zweijährige wissenschaftliche Tätigkeit in dem Fach oder Fachgebiet – unter Beweis gestellt hat,

3. eine wissenschaftliche Arbeit gemäß § 7 einreicht, zu deren Begutachtung sich ein Hochschullehrer der Fakultät bereit erklärt hat,
 4. nicht bereits im gleichen Fach ein Habilitationsverfahren endgültig r bestanden hat oder in einem laufenden oder ruhenden Habilitati verfahren steht,
 5. über Lehrerfahrung verfügt und
 6. einen gemäß § 1 ordnungsgemäßen Antrag mit allen nach § 5 ge derten Unterlagen einreicht.
- (2) Entspricht der erworbene Doktorgrad nicht dem Gebiet der angestrel Lehrbefähigung, entscheidet die Habilitationskommission über die Er nung des Habilitationsverfahrens aufgrund der zusätzlichen wissensch lichen Qualifikation und der Stellungnahme der Vertreter des Fachgebie für das die Lehrbefähigung angestrebt wird. Über Zweifelsfälle bei Anerkennung ausländischer akademischer Grade entscheidet die Habi tionskommission.

§ 5

Antrag

- (1) Der Zulassungsantrag ist beim Dekan unter Angabe des Fachgebietes, das die Lehrbefähigung angestrebt wird, schriftlich einzureichen.
- (2) Dem Antrag sind beizufügen:
 1. ein Lebenslauf mit Angaben zum wissenschaftlichen und beruflic Werdegang,
 2. urkundliche Nachweise über den erfolgreichen Abschluss der Promo und in der Regel über den erfolgreichen Abschluss eines wirtscha oder ingenieurwissenschaftlichen Studiums,
 3. ein Verzeichnis der wissenschaftlichen Veröffentlichungen unter fügung je eines Belegexemplars der wesentlichen Publikationen,
 4. ein Verzeichnis der Lehrveranstaltungen,
 5. fünf gebundene Exemplare der Habilitationsschrift mit jeweils ein Titelblatt gemäß Anlage 1 und einem beigefügten Lebenslauf,
 6. eine knappe Zusammenfassung der wesentlichen Ergebnisse der Ar und ein Inhaltsverzeichnis der Habilitationsschrift (Zahl der Exemp entsprechend der Mitgliederzahl der Habilitationskommission),
 7. eine Erklärung über bereits erfolgte Habilitationsversuche,

8. eine Erklärung, dass die Habilitationsschrift selbständig und nur mit angegebenen Hilfsmitteln erstellt worden ist,
 9. eine Erklärung über die Anerkennung dieser Habilitationsordnung,
 10. eine Erklärung, dass ein an den Dekan der Fakultät zu übersender polizeiliches Führungszeugnis vor weniger als drei Monaten bei zuständigen Meldebehörde gemäß § 30 Abs. 5 Bundeszentralregistergesetz (BZRG) beantragt wurde und
 11. das Thema der Lehrveranstaltung mit Diskurscharakter, welches dem Fachgebiet des Bewerbers stammt.
- (3) Dem Antrag auf Eröffnung des Habilitationsverfahrens kann der Bewerber einen Antrag auf Verleihung der Lehrbefugnis gemäß der jeweils geltenden Ordnung über die Verleihung der Lehrbefugnis beifügen.

§ 6

Eröffnung des Verfahrens

- (1) Nach Erfüllung der Zulassungsvoraussetzungen, jedoch spätestens Monate nach Vorlage der vollständigen Unterlagen, entscheidet der erweiterte Fakultätsrat über die Eröffnung des Verfahrens und setzt die Habilitationskommission gemäß § 2 Abs. 2 ein.
- (2) Zur Begutachtung der Habilitationsschrift bestimmt die Habilitationskommission grundsätzlich drei Hochschullehrer, von denen mindestens einer das Fachgebiet vertreten muss, für das die Lehrbefähigung angestrebt wird, und einer nicht der Universität Leipzig angehören darf. Die Gutachter darf der Bewerber vorschlagen, doch ist der Vorschlag nicht bindend.
- (3) In Zweifelsfällen oder wenn die Habilitationsschrift mehrere Fachgebiete berührt, können weitere Gutachten hinzugezogen werden, wobei die Gutachter insgesamt mehrheitlich der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät angehören müssen. Über Ausnahmen entscheidet die Habilitationskommission.
- (4) Der Vorsitzende der Habilitationskommission ersucht die nach Absatz 1 bestimmten Gutachter schriftlich um ihre Gutachten. Diese sind in der Regel innerhalb einer Frist von drei Monaten, nachdem sie erbeten wurden,

einer eindeutigen Empfehlung zur Annahme oder Nichtannahme der Arbeit vorzulegen.

- (5) Ein Rücktritt vom Verfahren ist nach der Gutachterbestellung nicht möglich.

§ 7

Schriftliche Habilitationsleistung

- (1) Die schriftliche Habilitationsleistung (Habilitationsschrift) ist in der Regel eine vom Bewerber in deutscher oder englischer Sprache verfasste wissenschaftliche Monographie auf dem Fachgebiet, für das die Lehrbefähigung angestrebt wird. Es können auch mehrere deutsch- und/oder englischsprachige wissenschaftliche Abhandlungen, die nach Bedeutung und Kohärenz einer Habilitationsschrift entsprechen, als schriftliche Habilitationsleistung anerkannt werden. Der Gegenstand der Habilitationsschrift sollte sich wesentlich von den Inhalten der Dissertation und anderen Prüfungsarbeiten des Bewerbers unterscheiden.
- (2) Über die Zulässigkeit der Einreichung der Habilitationsschrift in einer anderen als der deutschen oder englischen Sprache entscheidet auf Antrag des Kandidaten der erweiterte Fakultätsrat.
- (3) Als schriftliche Habilitationsleistung dürfen keine Arbeiten eingereicht werden, die schon einmal als Habilitationsschrift abgelehnt worden sind oder zu anderen Prüfungszwecken gedient haben.

§ 8

Beschlussfassung über die schriftliche Habilitationsleistung

- (1) Nach Eingang sämtlicher Gutachten wird während der Vorlesungszeit mindestens ein Exemplar der Habilitationsschrift zwei Wochen lang im Dekanat für alle Mitglieder der Habilitationskommission und des erweiterten Fakultätsrates zur etwaigen Stellungnahme ausgelegt. Die Mitglieder der Habilitationskommission und des erweiterten Fakultätsrates haben das Recht, die Gutachten einzusehen. Sie sind hiervon vor Beginn der Auslegung durch den Vorsitzenden der Habilitationskommission in Kenntnis zu setzen.

- (2) Der Antragsteller hat unter der Voraussetzung, dass datenschutzrechtlich Vorschriften eingehalten werden, das Recht zur Einsicht in die Gutachten und Stellungnahmen, sobald sie vorliegen. Er kann verlangen, dass seine eigene Stellungnahme den Mitgliedern des erweiterten Fakultätsrates Kenntnis gebracht wird.
- (3) Der Vorsitzende der Habilitationskommission bittet den Kandidaten, Themen für den wissenschaftlichen Vortrag vorzuschlagen.
- (4) Nach Ablauf der Auslagefrist beschließt die Habilitationskommission über die Annahme der schriftlichen Habilitationsleistung. Wird diese angenommen, wählt die Habilitationskommission aus den drei vorgeschlagenen Themen für den wissenschaftlichen Vortrag (Kolloquium) eines aus. Der Dekan teilt dem Bewerber die Entscheidung spätestens 14 Tage vor dem Kolloquium mit.
- (5) Hat die Habilitationskommission die Habilitationsschrift nicht angenommen, kann sie dem Kandidaten die einmalige Möglichkeit einräumen, innerhalb eines Jahres eine überarbeitete Fassung vorzulegen, wenn festgestellten Mängel behebbar erscheinen.
- (6) Bei Nichtannahme der Habilitationsschrift durch die Habilitationskommission entscheidet der erweiterte Fakultätsrat über die Beendigung des Verfahrens. Der Dekan teilt die Entscheidung dem Kandidaten innerhalb von 14 Tagen schriftlich mit.

§ 9

Wissenschaftlicher Vortrag mit anschließender Aussprache (Kolloquium)

- (1) Der wissenschaftliche Vortrag soll eine Länge von etwa 30 Minuten haben, die sich daran anschließende Aussprache soll nicht länger als 60 Minuten dauern.
- (2) Das Kolloquium findet in der Vorlesungszeit in der Regel innerhalb von vier Wochen nach Annahme der schriftlichen Habilitationsleistung statt. Mitglieder der Habilitationskommission, der Bewerber und die Mitglieder des erweiterten Fakultätsrates sind dazu mindestens drei Wochen vor dem Kolloquium einzuladen.

- (3) Das Kolloquium kann sich über das gesamte Gebiet der angestrebten Lehrbefähigung erstrecken.
- (4) Im Anschluss an den wissenschaftlichen Vortrag und das Kolloquium beschließt die Habilitationskommission über die Anerkennung der erbrachten wissenschaftlichen Leistung.
- (5) Nimmt sie diese Leistung nicht an, können Vortrag (vgl. Absatz 8) und Kolloquium binnen eines Jahres, jedoch frühestens nach drei Monaten wiederholt werden.
- (6) Über die Durchführung des Kolloquiums ist ein Protokoll anzufertigen.
- (7) Der Bewerber wird von den Entscheidungen sofort unterrichtet. Außerdem erhält er in einer Frist von 14 Tagen eine schriftliche Mitteilung.
- (8) Macht ein Bewerber von der Möglichkeit der Wiederholung nach Absatz 5 Gebrauch, reicht er schriftlich drei Themenvorschläge ein, die keinen inhaltlichen Bezug zu dem bereits gehaltenen Vortrag besitzen. Die Habilitationskommission wählt in der Vorlesungszeit binnen vier Wochen eines der Themen aus und setzt einen Termin fest; der Dekan teilt die Entscheidung dem Kandidaten spätestens 14 Tage vor diesem Termin mit. Nutzt der Bewerber binnen eines Jahres die Möglichkeit der Wiederholung nicht, wird das Verfahren eingestellt. Der Dekan unterrichtet zu gegebener Zeit die Habilitationskommission und den erweiterten Fakultätsrat.

§ 10

Probevorlesung

- (1) Die Probevorlesung hat vor allem die pädagogische Eignung des Bewerbers nachzuweisen und dauert 45 Minuten. Die Probevorlesung ist öffentlich und findet in der Vorlesungszeit statt.
- (2) Der Vorsitzende der Habilitationskommission lädt dazu die Habilitationskommission, den erweiterten Fakultätsrat und eine breite Öffentlichkeit mindestens drei Wochen vorher ein.

- (3) Im Anschluss an die Probevorlesung befindet der erweiterte Fakultät über die Annahme als Habilitationsleistung.
- (4) Wird die Probevorlesung vom erweiterten Fakultätsrat nicht als Habilitationsleistung angenommen, kann sie auf Antrag frühestens nach 6 und spätestens nach zwölf Monaten einmal wiederholt werden. Der Antrag muss schriftlich zu stellen, § 9 Abs. 8 gilt analog. Die in dieser Vorschrift vorgesehenen Mitteilungen erfolgen schriftlich.

§ 11

Abschluss des Habilitationsverfahrens

Sind die drei Habilitationsleistungen erfolgreich erbracht worden, so entscheidet der erweiterte Fakultätsrat unmittelbar nach Erbringen der letzten Leistung über das gesamte Habilitationsverfahren und legt das Gebiet der Lehrbefähigung fest. Die Entscheidung wird dem Bewerber anschließend verkündet und dem Bewerber schriftlich mitgeteilt.

§ 12

Habilitationsurkunde

Nach Abschluss des Verfahrens händigt der Dekan eine Urkunde (gemäß Anlage 3) aus, nachdem den Anforderungen von § 14 entsprochen wurde.

§ 13

Unwirksamkeit der Habilitationsleistungen, Entzug des Doktorgrades

- (1) Habilitationsleistungen können für ungültig und die Habilitation für nicht vollzogen erklärt bzw. der Doktorgrad (Dr. habil./Dr.-Ing. habil.) kann entzogen werden, wenn bekannt wird, dass
 - wesentliche Habilitationsvoraussetzungen für die Zulassung zur Habilitation fälschlicherweise als gegeben bewertet wurden,
 - Habilitationsleistungen unter Täuschung, insbesondere unter Hinzuhilfeleistung von Hilfeleistungen durch Dritte, erbracht wurden.

- (2) Wird nach Aushändigung der Urkunde bekannt, dass Habilitationsvoraussetzungen nicht erfüllt waren, ohne dass eine Täuschungsabsicht vorlag, sieht die Habilitationskommission diesen Mangel als nicht gravierend an und wird er durch die im Habilitationsverfahren erbrachten Leistungen geheilt.
- (3) Vor der Beschlussfassung ist dem Betroffenen Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben. Über den Nichtvollzug oder Entzug befindet die Habilitationskommission und teilt ihre Entscheidung dem erweiterten Fakultätsrat mit. Dieser beschließt über die vorgelegte Entscheidung. Der Dekan teilt diese dem Betroffenen schriftlich mit.

§ 14

Veröffentlichung und Pflichtexemplare

Innerhalb von zwei Jahren nach vollzogener Habilitation sollte die Habilitationsschrift veröffentlicht werden. Es sind 25 Pflichtexemplare in gedruckter und gebundener Form auf alterungsbeständigem, säure- und holzfreiem Papier in der Universitätsbibliothek einzureichen, die eine nach den Richtlinien der Fakultät gestaltete Titelseite (gemäß Anlage 2) enthalten müssen. Wenn ein Veröffentlichungsvertrag mit vergebener ISBN- bzw. ISSN-Nummer vorgelegt wird, reduziert sich die Zahl der Pflichtexemplare auf zehn. Drei zusätzliche Pflichtexemplare sind der Zweigstelle Wirtschaftswissenschaften der Universitätsbibliothek zu überlassen.

§ 15

Habilitationsakte

- (1) Die zusammengefassten Habilitationsunterlagen bilden die Habilitationsakte. Sie wird im Dekanat geführt.
- (2) Die Protokolle (vgl. § 2 Abs. 4) sind der Habilitationsakte nach Urzeichnung durch den Vorsitzenden der Habilitationskommission beizufügen.
- (3) Die Habilitationsakte verbleibt zunächst im Dekanat und ist gemäß Archivordnung dem Archiv der Universität Leipzig zu übergeben.

- (4) Nach Abschluss des Verfahrens wird dem Kandidaten auf Antrag Eins in die Habilitationsakte gewährt. Der Antrag ist binnen eines Jahres nach letzten Habilitationsleistung an den Dekan zu stellen.

§ 16 Übergangsregelungen

Habilitationsverfahren, die vor In-Kraft-Treten dieser Habilitationsordnung eröffnet wurden, können nach den bisher geltenden Vorschriften abgeschlossen werden.

§ 17 In-Kraft-Treten

- (1) Diese Habilitationsordnung tritt am Tage nach ihrer Veröffentlichung in Amtlichen Bekanntmachungen der Universität Leipzig in Kraft.
- (2) Gleichzeitig verlieren alle von der Universität Leipzig zuvor erlassenen Bestimmungen zur Durchführung von Habilitationsverfahren an der Rechtswissenschaftlichen Fakultät ihre Gültigkeit.

Leipzig, 15. Juli 2005

Professor Dr. Rolf Hasse
Dekan

Professor Dr. Franz Häuser
Rektor

Anlage 1

.....
.....
.....

(Titel)

Der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät

der Universität Leipzig

eingereichte

HABILITATIONSSCHRIFT

zur Erlangung des akademischen Grades

.....
(akademischer Grad)

.....
(Kurzform)

vorgelegt

von.....
(akademischer Grad, Vorname, Name)

geboren am in

Leipzig,
(Einreichungsdatum)

Anlage 2

.....
.....
.....

(Titel)

Von der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät

der Universität Leipzig

genehmigte

HABILITATIONSSCHRIFT

zur Erlangung des akademischen Grades

.....
(akademischer Grad)

.....
(Kurzform)

vorgelegt

von.....
(akademischer Grad, Vorname, Name)

geboren am in

Tag der Verleihung

Rückseite:

Gutachter:
.....
.....

Anlage 3**Universität Leipzig**

Traditionssiegel
der Universität Leipzig

Unter dem Rektorat des Professors/der Professorin.....
(Name)
und dem Dekanat des Professors/der Professorin
(Name)
verleiht die
(Fakultät)

Herrn/Frau

geboren am in

den akademischen Grad

Doctor habilitatus
(Dr. habil.)

und stellt seine/ihre Lehrbefähigung für das

Fachgebiet

fest, nachdem er/sie in einem ordnungsgemäßen Habilitationsverfahren und durch
Habilitationsschrift

.....
.....
(Titel)

seine/ihre Befähigung für Forschung und Lehre nachgewiesen hat.

Leipzig,

(Prägesiegel)

Der Rektor

Der Dek